

Spahn: Tests ab Montag für alle verfügbar

Die Apotheken im Land warten noch auf wichtige Informationen.

VON CHRISTOPH LINK

STUTTGART. Die Verunsicherung hielt noch bis Freitag an: Sowohl die Apotheken in Baden-Württemberg als auch die Kassenärzte warteten auf klare Vorgaben, wie sie die vom Bund zugesagten anlasslosen PoC-Coronatests von Montag an durchführen sollen: „Wir warten stündlich auf eine entsprechende Bundestestverordnung“, sagte Frank Eickmann, Sprecher des Apothekerverbandes. Noch sei unklar, wie die Tests abgerechnet werden, wie sich die Bürger ausweisen und wie die Kontrolle der Anspruchsberechtigung stattfindet.

Dass ein Bürger jeden Tag eine andere Apotheke zum Testen aufsuche, müsse verhindert werden. „Weil wir bis jetzt die Regeln nicht kennen, sehe ich es nicht als gewährleistet an, dass das neue Angebot bei uns von Montag an abrufbar ist“, so Eickmann. Prinzipiell aber seien die Apotheken bereit zum Testen und tun dies auch schon bei Menschen mit Symptomen oder bei Lehrkräften. Ein Viertel der 2400 Apotheken im Land biete PoC-Tests an.

Kai Sonntag, Sprecher der Kassenzärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg sagte, dass viele Arztpraxen – Haus- und Fachärzte – das Testen für ihre Patienten anbieten werden. Man erwarte aber, dass ein wesentlicher Teil des Testgeschehens außerhalb der Praxen stattfinden werde.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte am Freitag bekräftigt, dass der Bund ab Montag die Kosten trägt, um allen Bürger einen Schnelltest pro Woche anzubieten. Teils sei aber noch Geduld gefragt. Die Schnelltests gibt es vom Start weg nicht überall, machte Spahn deutlich. Aber viele Länder hätten angekündigt, loslegen zu wollen. Spahn zeigte sich zuversichtlich, dass das Angebot „zügig vor Ort umgesetzt werden“ kann.

Bundestag reformiert den Taximarkt

BERLIN. Fahrdienst-Anbieter wie Uber, Free Now oder die Volkswagen-Tochter Moia bekommen bei Taxi-Diensten mehr Freiheiten. Der Bundestag beschloss am Freitag das heftig umstrittene Personen-Beförderungsgesetz. Ziel ist es, mehr digitale Angebote auf Anforderung – „on demand“ – möglich zu machen und den Markt zu beleben.

Über und andere sollen so aus einer Grauzone heraus und ihre Dienste regulär anbieten können. Die besonders umstrittene Rückkehrpflicht zum Ausgangsstandort soll allerdings bestehen bleiben, was etwa Uber kritisiert. Die Pläne von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sollen reguläre Angebote mit Vans ermöglichen, die sich mehrere Fahrgäste teilen. Bisher sind sie auf der Basis von Ausnahmeregeln unterwegs. (rtr/dpa)

Papst im Irak: „Die Waffen sollen schweigen“

BAGDAD. Es ist der erste Besuch eines Papstes im Irak – und Franziskus' erste Auslandsreise seit Beginn der Coronapandemie: Am Freitag ist Franziskus im Irak eingetroffen. Das Oberhaupt der Katholiken wurde in der Hauptstadt Bagdad unter anderem vom irakischen Präsidenten Barham Ahmad Salih empfangen.



Papst Franziskus (links) bei seiner Ankunft in Bagdad. Foto: dpa/A. Medichini

Zum Auftakt seiner viertägigen Reise hat Papst Franziskus die Bevölkerung des Krisenlandes zu Frieden und „geschwisterlichem Zusammenleben“ aufgefordert. Ein wirksamer Prozess des Wiederaufbaus sei nur möglich, wenn man sich trotz aller Unterschiede als „Mitglieder der einen Menschheitsfamilie“ sehe, mahnte er am Freitag in Bagdad. Es sei „genug mit Gewalt, Extremismus, Gruppenbildungen und Intoleranz“; die Waffen sollten endlich schweigen, so Franziskus.

In seiner Rede vor Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft im Präsidentenpalast würdigte das katholische Kirchenoberhaupt die Vielfalt im Irak. Er sprach von einer „Wiege der Zivilisation“, die durch den gemeinsamen Stammvater Abraham Juden, Christen und Muslime eng miteinander verbinde.

Die Anwesenheit des obersten Repräsentanten der katholischen Kirche erfülle die Iraker mit Stolz, sagte Salih bei der Begrüßung. Auch er sprach sich für religiöse Toleranz aus und sagte Terror und Extremismus den Kampf an. (AFP/KNA)



Wohnen ist elementar. Die Politik sieht sich Erwartungen ausgesetzt. Foto: imago/Kiko Jimenez

Die Wohnungsnot drückt wie Corona

Die politische Agenda der Bürger ist zurzeit stark von der Pandemie geprägt. Doch viele messen auch der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum große Bedeutung bei.

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Nach einem Jahr der Pandemie ist es fast schon eine Binsenweisheit: Corona legt Schwächen unseres Gemeinwesens offen – vom Lehrermangel bis zu digitalen Lücken. Das Virus ist nicht nur für jeden Einzelnen ein Stresstest, sondern auch für Institutionen und Politik. Wenige Tage vor der Landtagswahl geht der „BaWü-Check“, eine gemeinsame Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, deshalb der Frage nach, wie die Menschen die Lage beurteilen. Wie schlagen sich Landesregierung und Opposition? Wo klemmt es? Und welche Sorgen gibt es neben Corona? Die Untersuchung, für die das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) vom 19. bis 26. Februar mehr als tausend Personen online befragt hat, gibt auch Aufschluss über den Stellenwert der regionalen Tageszeitungen.

1 Passables Krisenmanagement, doch vielerorts klemmt es

Je länger die Pandemie dauert, desto unduldsamer werden die Menschen. Diese Erfahrung machen Demoskopien allerorten. Die Landesregierung kommt vergleichsweise positiv weg: Immerhin attestieren ihr 54 Prozent gute oder sogar sehr gute Arbeit. 37 Prozent äußern sich kritisch, neun Prozent unentschieden. Die Umfrage geht aber auch ins Detail. „Während die höheren Bildungsschichten überdurchschnittlich eine positive Bilanz ziehen, üben die einfachen Bildungsschichten, die oft auch überdurchschnittlich von den Kollateralschäden der Pandemie betroffen sind, überdurchschnittlich Kritik“, sagen die Meinungsforscher. Eine Mehrheit hat den Eindruck, dass die Effizienz von Staat und Verwaltung zu wünschen übrig lässt. So sehen mehr als zwei Drittel Probleme beim Digitalunterricht und bei der Auszahlung von Wirtschaftshilfen, 65 Prozent sind mit der Organisation von Impfterminen unzufrieden, 45 Prozent mit der Erreichbarkeit von Behörden. Rund die Hälfte meint außerdem, der Coronapolitik eher ohnmächtig gegenüberzustehen.

2 Die Schuldenbremse soll erhalten bleiben

So viele Kredite wie im vergangenen Jahr hat sich Baden-Württemberg noch nie auf einen Schlag genehmigt: fast 14 Milliarden Euro. Immerhin bewegt sich das Land damit noch im Rahmen der Schuldenbremse, eine Vorschrift, die in Notsituationen erlaubt, dass der Staat sich am Kreditmarkt bedient. Sollte man diese Hürde abschaffen? Diese von manchen Politikern erhobene Forderung lehnt eine deutliche Mehrheit der Baden-Württemberger ab. 60 Prozent sprechen sich vielmehr dafür aus, die Schuldenbremse beizubehalten. Lediglich 17 Prozent plädieren für eine Beseitigung, knapp ein Viertel traut sich kein Urteil zu. Frauen sprechen sich übrigens eher als Männer für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus, die 60-Jährigen und Älteren mehr als die Generation ihrer Kinder und Enkel.

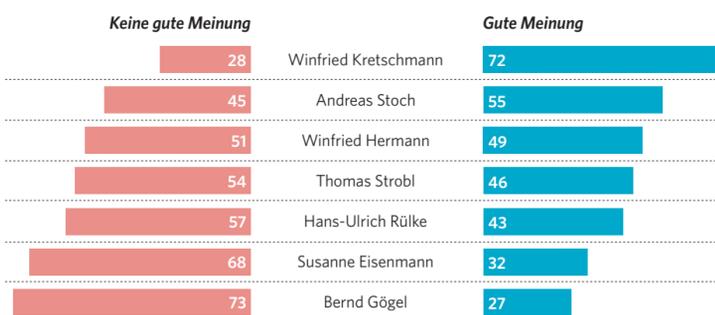
3 Die grün-schwarze Bilanz ist durchgewachsen

Wenige Tage vor der Landtagswahl liegt es nahe, die Menschen um eine Gesamtbewertung zu bitten. „Was meinen Sie: War die Politik der grün-schwarzen Landesregierung bis jetzt alles in allem erfolgreich oder nicht erfolgreich?“, lautete die Frage. An der Antwort können sich die Bündnispartner nicht gerade berauschen. Gerade mal 32 Prozent bewerten die grün-schwarze Politik als erfolgreich, 26 Prozent als nicht erfolgreich. Ein hoher Anteil der Bürger (42 Prozent) traut sich kein Urteil zu. Die Demoskopien leiten aus diesem Umstand ein grundsätzliches Problem ab. „Die Bundespolitik erreicht auf weitaus mehr Feldern die Aufmerksamkeit der Bürger als die Landespoli-

Popularität und andere Werturteile

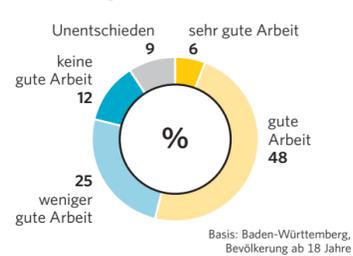
Hier noch einmal die Politiker und Politikerinnen aus Baden-Württemberg, die Sie kennen. Von welchen haben Sie eine gute Meinung und von welchen keine?

Angaben in Prozent



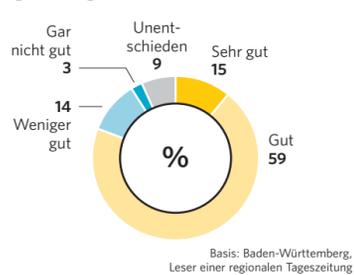
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Landesregierung in der Corona-Krise: Würden Sie sagen, hier leistet sie ...



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

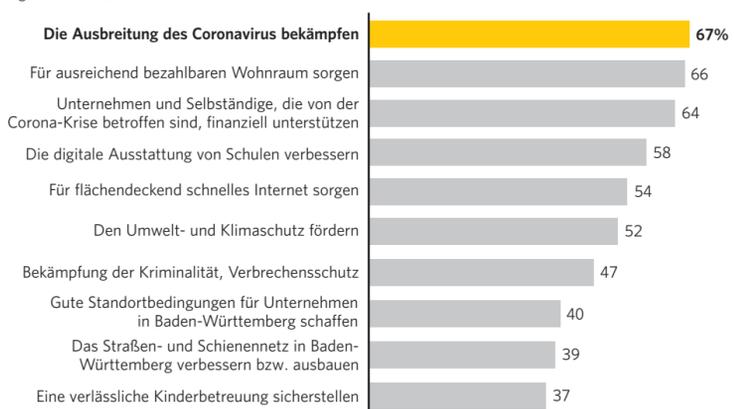
Wie gut fühlen Sie sich durch Ihre regionale Tageszeitung alles in allem informiert?



Basis: Baden-Württemberg, Leser einer regionalen Tageszeitung

Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern?

Angaben in Prozent



Grafiken: Krause, Locke

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6161

tik, die oft nur selektiv an einzelnen Problemfeldern oder besonderen Herausforderungen wie der aktuellen Pandemie wahrgenommen wird“, merken die Meinungsforscher an. Die meisten Beschlüsse einer Landesregierung seien den Bürgern in der Regel nicht bekannt, wie sich Landespolitiker auch schwertäten, einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen – ein Befund, der sich

im Lauf der Umfrage bestätigten sollte. Das gilt auch für die Opposition: Wenn die Bürger gefragt werden, welche der drei Parteien in den vergangenen fünf Jahren am aktivsten war – SPD, AfD oder FDP –, dann trauen sich 30 Prozent kein Urteil zu. Weitere 25 Prozent empfinden keine als besonders aktiv. Diejenigen, die eine klare Vorstellung von der Aktivität der Opposition haben,

BaWü-Check
78 Tageszeitungen fragen nach den Topthemen des Landes: Wie sicher fühlen sich die Bürger? Wie stark spüren sie die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise? Wie sehen sie die Zukunft des Landes? Die repräsentativen Antworten liefert unser BaWü-Check in mehreren Teilen bis zur Landtagswahl.

4 Wie Bürger die Politiker einstufen

Neben dem Ministerpräsidenten gibt es in Baden-Württemberg – wie auch in anderen Bundesländern – nur wenige Landespolitiker, die einen hohen Bekanntheitsgrad erreichen. Diese Erfahrung bestätigt sich in der aktuellen Umfrage. Winfried Kretschmann erreicht 92 Prozent, auf dem zweiten Rang liegt Susanne Eisenmann mit 63 Prozent, es folgt Thomas Strobl mit 59 Prozent. Winfried Hermann (39), Andreas Stoch (30), Hans-Ulrich Rülke (22) und Bernd Gögel (12) sind hingegen nur einer Minderheit ein Begriff. Und wie beliebt sind die genannten Personen? Die Meinungsforscher weisen zu Recht darauf hin, dass sie die Popularitätswerte immer nur bei jenen Bürgern ermitteln können, denen der erwähnte Politiker überhaupt ein Begriff ist. Der amtierende Ministerpräsident erhält das beste Zeugnis: 72 Prozent haben eine „gute Meinung“ von ihm, nur 28 Prozent sehen ihn kritisch. Susanne Eisenmann wird von 32 Prozent derjenigen, denen sie ein Begriff ist, positiv bewertet, von gut zwei Dritteln kritisch.

5 Was ist den Menschen überhaupt wichtig?

Die Bekämpfung der Pandemie steht in den Augen der Bevölkerung nach wie vor an der Spitze der Agenda: 67 Prozent rechnen sie zu den „wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern“. Gleich danach folgt mit 66 Prozent aber ein Aufgabenfeld, das mit Corona nichts zu tun hat: „Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen.“ 64 Prozent nennen die Unterstützung von Unternehmen, die von der Krise betroffen sind, 58 Prozent die Verbesserung der Digitalausstattung der Schulen. 54 Prozent halten es für die Zukunft des Landes für besonders wichtig, flächendeckend schnelles Internet bereitzustellen. Umwelt- und Klimaschutz zählen 52 Prozent zu den wichtigsten Aufgaben.

6 Frauen sehen vieles anders als Männer

Männer und Frauen setzen bei der Agenda andere Prioritäten. So messen deutlich mehr Frauen (72 Prozent) als Männer (60 Prozent) der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum große Bedeutung bei. Das gilt auch für die Aufgabe einer „verlässlichen Kinderbetreuung“. Umgekehrt halten Männer die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet, gute Standortbedingungen für Unternehmen oder die Förderung des wissenschaftlichen Fortschritts für wichtiger.

7 Gute Noten für regionale Tageszeitungen

Die regionalen Tageszeitungen sind für die Bürger eine wichtige Informationsquelle. Der Umfrage zufolge lesen 37 Prozent täglich oder fast täglich ihre Regionalzeitung, weitere 29 Prozent ab und zu. Lediglich 13 Prozent greifen nie zu einem solchen Blatt. Das Nutzungsverhalten ist je nach Alter unterschiedlich: So macht der Anteil der regelmäßigen Leser bei den unter 30-Jährigen lediglich 15 Prozent aus, bei den 45- bis 59-Jährigen sind es 41 Prozent, bei den 60-Jährigen und Älteren hingegen 55 Prozent.

Immerhin sagen aber 41 Prozent der unter 30-Jährigen, dass sie „ab und zu“ zur regionalen Tageszeitung greifen. Diejenigen, die sie regelmäßig oder sporadisch nutzen, stellen ihr ein gutes Zeugnis aus: 74 Prozent fühlen sich gut oder sehr gut informiert. Lediglich 17 Prozent äußern sich kritisch. Von den unter 30-Jährigen bewerten 68 Prozent ihre Regionalzeitung positiv, von den 45- bis 59-Jährigen dagegen 77 Prozent und von den über 60-Jährigen 79 Prozent.